

Antwort der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jan Korte, Wolfgang Neskovic,
Sevim Dağdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/12760 –**

Kompetenzausweitung für das Bundesamt für Verfassungsschutz

Vorbemerkung der Fragesteller

Am 1. April 2009 veröffentlichte „SPIEGEL ONLINE“ ein Interview mit der Präsidentin des Landesamtes für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, Beate Bube, in dem über neue, weitreichende Kompetenzen für den Verfassungsschutz diskutiert wurde.

1. Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Präsidentin des Landesamtes, wonach der Einsatz der Online-Durchsuchung auch für den Verfassungsschutz auf Landes- und Bundesebene wünschenswert wäre (bitte begründen)?

Der verdeckte Eingriff in informationstechnische Systeme („Online-Durchsuchung“) kann angesichts der Nutzung moderner Informationstechnik etwa bei der Anschlagsvorbereitung in terroristischen Netzwerken auch für die Aufklärungsaufgaben der Verfassungsschutzbehörden nützlich sein. Eine Regelung wird in die Prüfung des Handlungsbedarfs der nächsten Wahlperiode einbezogen.

2. Arbeitet die Bundesregierung derzeit an einer Gesetzesänderung zur Ausweitung der Kompetenzen, Ressourcen und Überwachungsinstrumente des Bundesamtes für Verfassungsschutz?
 - a) Wenn ja, welche Veränderungen wird die geplante Gesetzesänderung zum Inhalt haben und ist darin die Möglichkeit der Anwendung der so genannten Online-Durchsuchung enthalten?
 - b) Wenn nein, gibt es innerhalb des Bundesministeriums des Innern oder des Bundesamtes für Verfassungsschutz Vorschläge oder Positionspapiere – unterhalb eines Gesetzentwurfes – die eine Ausweitung der Kompetenzen

zen, Ressourcen und Überwachungs- und Analyseinstrumente zum Ziel haben?

Die Bundesregierung prüft laufend, ob die gesetzlichen Befugnisse des Bundesamtes für Verfassungsschutz der aktuellen Gefährdungslage gerecht werden.

3. Hat das Bundesamt für Verfassungsschutz bereits das Instrument der Online-Durchsuchung angewendet oder das Bundeskriminalamt (BKA) zur Nutzung dieses Instruments um Amtshilfe gebeten (wenn ja, bitte konkreten Anlass und Zeitraum darstellen)?
4. Haben Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz an Schulungs- und/oder Beobachtungsmaßnahmen in Sachen Online-Durchsuchung im In- oder Ausland, bei Geheimdienst- und/oder Polizeieinheiten teilgenommen (wenn ja, bitte Ort, Zeit und Anlass der Schulungs- und/oder Beobachtungsmaßnahme angeben)?
5. Verfügt das Bundesamt für Verfassungsschutz intern bereits über technische Mittel, die für eine Online-Durchsuchung genutzt oder gebraucht werden könnten (wenn ja, bitte Ort, Zeitraum, verwendete technische Mittel und Anlass angeben)?
6. Hat das Bundesamt für Verfassungsschutz im Vorfeld des NATO-Gipfels in Deutschland und Frankreich im April dieses Jahres von Informationen französischer Dienste profitiert, die aufgrund von Online-Durchsuchungen erlangt wurden?

Zum Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel und operativer Methodik durch Nachrichtendienste des Bundes nimmt die Bundesregierung grundsätzlich nur in den hierfür zuständigen parlamentarischen Kontrollgremien Stellung. Damit ist keine Aussage darüber getroffen, ob die den Fragen zugrunde liegenden Annahmen oder Vermutungen zutreffen oder nicht.